



Bundeskongress, 18. – 20. April 2008, Kassel

Gute Arbeit – Sicherheit im Alter – Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit

**Grußwort Rudolf Dreßler
Ehemaliger Bundesvorsitzender der
Arbeitsgemeinschaft für
Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)**

Rudolf Dreßler

Genossinnen und Genossen, meine letzte Rede vor einem AfA-Bundeskongress liegt – bis auf einen Monat – acht Jahre zurück. Insoweit ist es für mich ein gutes Gefühl, nach acht Jahren wieder vor einem AfA-Bundeskongress sprechen zu dürfen. Ob das auch für euch gilt, werden wir sehen, wenn ich fertig bin.

In jedem Fall ist es ein gutes Gefühl, unter euch zu sein, innerhalb der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen oder in der politischen Mitte. Die Frist für Initiativanträge ist abgelaufen, ich hätte sonst noch einen initiiert. Die Rede von Ottmar Schreiner gestern war nicht nur für mich beeindruckend. Sie war überzeugend und sie war festhaltenswert. Sie war schlicht authentisch.

Jeder Delegierte sollte zur Selbstverpflichtung ein Exemplar dieser Rede an die üblich bekannten Neoliberalen in der SPD senden, die sich als selbsternannte Modernisierer seit Jahren die Entsozialdemokratisierung der SPD erfolgreich auf den Leib geschrieben haben. Ob es etwas nutzt, wenn man ihnen diese Rede schickt, weiß ich nicht, aber eins weiß ich: Es wäre ein erstes wichtiges Zeichen nach außen, dass diese Arbeitsgemeinschaft im Richtungsstreit innerhalb der SPD klar Partei ergreift. Partei ergreift, weil es eine zusätzliche Anmerkung geben muss.

Ottmar Schreiner hat gestern gesagt, *wir müssen die Dinge beim Namen nennen*. Ich will jetzt damit anfangen.

Alle von Ottmar Schreiner benannten Fakten – alle!, nicht seine Interpretation, sondern die bloßen Fakten – sind in den letzten zehn Jahren ausschließlich von sozialdemokratischen Ministern eingeleitet worden. Ihr werdet keinen CDU-Minister darunter finden. Das tröstet uns nicht, aber das verdient die Bewertung, das ist bitter, Genossinnen und Genossen. Für diesen fast zehn Jahre währenden Niedergang, den relativ kurze Zeit amtierenden SPD-Vorsitzenden Kurt Beck verantwortlich zu machen, ist schlicht absurd, Genossinnen und Genossen.

Und ich füge hinzu, in Wahrheit erleben wir einen parteipolitischen Richtungskampf, der mit harten Bandagen geführt wird. Und in diesem Richtungskampf muss die

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen Partei ergreifen. Sie darf sich nicht mehr am Zusehen orientieren.

Ich habe keine Parteifunktionen mehr, aber die Akteure beider Seiten sind mir bestens bekannt. Mit Formelkompromissen kommt die Partei nur bedingt weiter. Wenn es auf eine Entscheidung zuläuft, genügt ein Blick in das AfA-Antragsbuch. Eure Anträge sind das Gegenteil von Neoliberalismus. AfA-Positionen stehen nicht auf der Agenda der selbsternannten Modernisierer. Als Ministerpräsident von NRW, vor seinem Umzug in die Bundespolitik, hat uns Wolfgang Clement bereits aufgefordert, "unsere Gerechtigkeitsideale zu überdenken und diese an den Realitäten der Weltwirtschaft abzumessen". Ein erstaunlicher Satz und ein Satz, dem ich damals wie heute mit Entschiedenheit widerspreche.

Um Missverständnissen vorzubeugen, seine Aufforderung richtete er nicht an konservative oder neoliberale Kreise, sondern an die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Folgerichtig wurde Wolfgang Clement in die Bundesregierung berufen. Dort konnte er einigen Modernisierern helfen, nicht nur sozialdemokratische Gerechtigkeitsideale zu überdenken, sondern sie zu ändern. Die Ergebnisse sind im Sinne des Wortes beeindruckend. Wir zählen, nicht wir haben, wir zählen nur noch wenig mehr als drei Millionen Arbeitslose. An dieser Stelle fällt mir der ehemalige amerikanische Präsident John F. Kennedy ein. Von ihm stammt wohl die nicht zu widerlegende Feststellung: "Wer die Wirklichkeit verändern will, muss zunächst einmal bereit sein, diese zur Kenntnis zu nehmen."

Deshalb will ich weitere, jedenfalls mich beeindruckende Ergebnisse, die zu einem vollständigen Bild gehören, zu denen, die Ottmar Schreiner genannt hat, noch hinzufügen.

Die heute von Hartz IV abhängige Personenzahl beträgt 7,4 Mio. Menschen. 25 % der Beschäftigten in Westdeutschland arbeitet mittlerweile für Löhne, die weniger als 75 % des Durchschnittseinkommens ausmachen. In Ostdeutschland sind es bereits 60 % der Beschäftigten. Kinderarmut und Altersarmut steigen. Die Arbeitslosenstatistiken

veröffentlichen nur noch Leistungsempfänger, die sich nicht in weiteren Maßnahmen befinden. Zum Beispiel Umschulungs- oder berufsvorbereitende Maßnahmen, geringfügig Erwerbstätige, 1-Euro-Jobber, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, wegen Erkrankung arbeitsunfähig geschriebene Arbeitslose, sie alle werden nicht mehr gezählt.

Anders ausgedrückt: Die Neoliberalen in der SPD bejubeln in diesen Monaten die von ihnen selbst hergestellte Statistik. Auch das verdient aus meiner Sicht nur ein Prädikat: Bitter.

Die Belastung durch die Mehrwertsteuererhöhung, gegen die wir ja bekanntlich im Wahlkampf schwer gekämpft haben, betrug und beträgt 20 Mrd. Euro. Die Entlastung durch Senkung von Steuern und Arbeitslosenversicherung beträgt – welch ein Zufall – 20 Mrd. Euro. 1998 hatte die Sozialdemokratische Partei zirka 20 Millionen Wählerinnen und Wähler. Heute hat sie in Umfragen noch 11 Millionen. Hunderttausende Mitglieder hat die SPD verloren. Sechs Ministerpräsidenten wurden abgewählt, seitdem die selbsternannten Modernisierer damit begonnen haben, die Gerechtigkeitsideale für die SPD neu zu definieren. Eine, wie ich finde, im Wortsinn beeindruckende Bilanz. Da ich durch meine Tätigkeit im Ausland die Neubestimmung der sozialdemokratischen Gerechtigkeitsideale nicht habe stören können, betrachte ich das Ergebnis – 10 Jahre nach Antritt des Bundeskanzlers Schröder – wie folgt:

Die neoliberale Bewegung in der SPD hat dafür gesorgt, dass die SPD heute vor einem Scherbenhaufen steht, Genossinnen und Genossen. Wenn man solidarisches Verhalten erreichen will, mehr Gerechtigkeit durchsetzen will, schafft man das nicht durch Anpassung an die Realitäten; denn die sind nun einmal so, wie sie sind, vorwiegend ungerecht. Nein, man schafft dies nur durch Entschlossenheit, Realitäten zu verändern. Und dann auch noch die Clementsche Anpassung an die Realitäten der Weltwirtschaft, du lieber Himmel! Da können wir unsere politische Verantwortung gleich an der Garderobe von Microsoft, von IBM, von Shell oder wie alle die wirtschaftlich aktiven Multis heißen, abgeben. Mich erschreckt im Übrigen an dieser Haltung die mangelnde innere Bereitschaft, vorgefundene Zustände und Verhältnisse zum Nutzen der Menschen zu ändern, nicht zum eigenen Nutzen, sondern zum Nutzen der Menschen.

Deshalb sage ich, John F. Kennedy hat immer noch recht. Wer Realitäten und Verhältnisse ändern will, muss sie zunächst einmal akzeptieren, wie sie sind. Aber es scheint sich mittlerweile auch in unserem Land ein Politikverständnis herausgebildet zu haben, das auf die Veränderung verzichtet und es beim bloßen Akzeptieren der Zustände belassen will. Denen halte ich entgegen: Der Politiker ist kein Moderator. Er ist Entscheider und Gestalter. Wäre es anders, könnten wir politische Wahlen, deren Ergebnisse demokratische Legitimation verleihen, als überflüssig abschreiben und durch Stellenausschreibungen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ersetzen.

Nein, Genossinnen und Genossen, dieser Versuch, das Postulat der Gerechtigkeit mit neuem Inhalt zu füllen, der wird wohl nichts. Denn dass das neue Gerechtigkeitsideal darin liegen soll, Ungerechtigkeit zu akzeptieren, sollten wir uns selbst dann nicht zumuten, wenn es mit dem Etikett der Modernisierung versehen ist.

Eigentlich, denke ich, müssten die Modernisierer ins Grübeln kommen, wenn sie wenigstens mal die Brockhaus'sche Erklärung des Wortes *Gerechtigkeit vergegenwärtigen*. Da heißt es nämlich: "Gerechtigkeit ist die Norm des gesellschaftlichen Zusammenlebens, indem Gleiches grundsätzlich gleich zu behandeln ist und jedem das seine zu geben ist." Ich beiße selbst auf meine alten Tage immer noch ins Kissen, wenn Mitglieder unserer Partei glauben, sie könnten diese Erklärung einfach mal so eben wegradieren, weil sie bei der Atmosphäre während des Mittagessens mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie stört.

Genossinnen und Genossen, die SPD hat sich stets der Durchökonomisierung aller Lebensbereiche in den Weg gestellt. Die Wahrnehmung der letzten Jahre bei Millionen Wählerinnen und Wählern, bei Hunderttausenden unserer Mitglieder war, die SPD stellt sich nicht nur nicht mehr in den Weg, nein, sie öffnet dem Neoliberalismus sogar die Tür. Jenen, die innerhalb der SPD eine Rückbesinnung auf sozialdemokratische Werte anmahnen, schallt sofort der Chor der Modernisierer entgegen, die Besinnung auf sozialdemokratische Werte sei einerseits ein Ruck nach links und andererseits verliere die SPD dann in der Mitte. Grund genug, sich dieser selbsternannten Mitte einmal zuzuwenden.

Was soll das sein, die politische Mitte? Das unreflektierte Eintauchen in einen russischen Konzern namens Gazprom unmittelbar nach dem Verlust der Kanzlerschaft – politische Mitte? Der sofortige Einstieg in das Geschäft der Leiharbeit unmittelbar nach dem Verlust des Wirtschaftsministeriums – politische Mitte? Die Übernahme eines Arbeitgeberverbandes von privaten Briefzustellfirmen, die nur Niedriglöhne zahlen, sich eigene Gewerkschaften einkaufen, nach der Ablösung als Präsident der Bundesanstalt für Arbeit – neue Mitte?

Hätte ich einen Vertrag bei der Sendung "Scheibenwischer" oder bei der ZDF-Sendung "Neues aus der Anstalt", würde ich folgende Realsatire vorschlagen: Regelmäßig versammelt die BILD-Zeitung die wichtigsten Sozialhilfeempfänger Deutschlands, um uns mitzuteilen, wo es hingehen soll, so auch vorgestern: Die Sozialhilfeempfänger Roman Herzog, Otto Graf Lambsdorff und der unvermeidliche Leiharbeitsexperte Wolfgang Clement oder ähnliche formulieren Texte für ein Deutschland ihrer Prägung: Wolfgang Clement und andere als Anführer des modernen Marxismus nach der Marx'schen Grundsatzlehre, das Sein bestimmt das Bewusstsein.

Was Roman Herzog macht, was Otto Graf Lambsdorff macht, geschenkt. Bei Wolfgang Clement fällt mir nur noch ein Eigenschaftswort ein: peinlich, peinlich.

Diese und andere Modernisierer warnen die SPD vor einem Linksruck, wenn die Partei über Korrekturen ihrer politischen Entscheidungen der letzten 10 Jahre diskutiert. Sie rufen dazu auf, das Neoliberale weiter zu vertreten oder noch zu verschärfen, was sie dann die politische Mitte nennen. Genossinnen und Genossen, bis vor 8 Jahren hatten wir alle in der SPD für solche Positionen ein einfaches Prädikat. Wir nannten diese Positionen *rechts*. Punkt! Einfach *rechts*.

In 30 Jahren meiner 40-jährigen Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei war unsere Position im Grundsätzlichen mehrheitsfähig und Mehrheitsmeinung. Heute ist mir klar, dass sich in diesen 30 Jahren, meinen ersten 30 Jahren in der SPD, die Modernisierer ähnlich gefühlt haben müssen, wie ich mich heute fühle. Aber es gibt einen qualitativen Unterschied. In den ersten 30 Jahren meiner SPD-Mitgliedschaft war

unsere Partei mehrheitsfähig und hatte Bindungskräfte bis zu einer Million Mitglieder und zu über 20 Millionen Wählerinnen und Wählern. Das hat sich während der letzten 10 Jahre halbiert, Genossinnen und Genossen.

In keinem Fall glaube ich, dass es möglich sein wird, wenn die wahre politische Mitte in der SPD und in unserer Gesellschaft weiter schweigt, dieses zu ändern. Wir müssen uns einmischen. Wir müssen Positionen beziehen. Wenn es sein muss, müssen wir mit ihnen streiten bis zur Entscheidung, Genossinnen und Genossen.

Lasst es mich auf eine einfache Formel bringen: Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen ist die politische Kraft innerhalb der SPD, die die Modernisiererfrage - wie viel Sozialstaat können wir uns noch leisten? - verändern muss. Verändern in die Frage: Wie viel Sozialstaat müssen wir uns in Deutschland leisten?

Glück auf!